

II-14754 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Z1. 40.271/22-1/94

1010 Wien, den 30. August 1994
Stubenring 1
Telefon (0222) 711 00
Telex 111145 oder 111780
Telefax 7137995 oder 7139311
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.Nr. 05070.004
Auskunft

Klappe Durchwahl

6822 JAB

1994-09-09

Beantwortung

zu 6941 1J

der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Dr. Petrovic und FreundInnen vom 13. Juli 1994, Nr. 6941/J, betreffend Mißbrauch von Pflegegeld,

Anfragebeantwortung 6291

In der Anfrage beziehen sich die Abgeordneten auf die Beantwortung der Anfrage der freiheitlichen Abgeordneten im Zusammenhang mit Pflege im Familienverband (Anfrage Nr.6355/J, Antwort, Zahl 40.271/10-7a/94 vom 3. Juni 1994). Dabei wurde die Frage gestellt, wie viele Pflegebedürftige durch das Pflegegeld privat gepflegt werden können.

Fragen 1 und 2:

"Welche Untersuchungen haben Sie in diesem Zusammenhang veranlaßt?"

"Wann ist mit den von Ihnen zugesagten Aussagen zu rechnen?"

Antwort:

Im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Begleitung der Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes (BPGG) werden derzeit Angebote betreffend eine Studie zu den Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems eingeholt.

- 2 -

Ein entsprechender Auftrag soll noch in diesem Jahr vergeben werden und es ist beabsichtigt, die Studie im Laufe des Jahres 1995 durchzuführen.

Folgende Themenbereiche sollen im Rahmen dieser Studie behandelt werden:

- Fragen der Einstufung;
- Auswirkungen des Pflegegeldes auf die pflegebedürftigen und pflegenden Personen;
- Auswirkungen auf die Angebotsseite der sozialen Dienste;
- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Der Bundesminister:

